

(Abgeordneter Hartmann.)

(A) Für diesen Nationalausschuß zeichnen in der Hauptsache vier Herren. Drei von ihnen sind Wenden, einer ist aber 20 oder über 20 Jahre in Rußland tätig gewesen, und es ist wohl erklärlich, daß er dort panslawistische Ideen eingefogen hat, von denen er nicht mehr loskommen kann. Der vierte ist, wie er selbst zugibt, Slowake.

Meine verehrten Damen und Herren! Ich glaube, schon diese Tatsache beweist uns, daß wir es hier mit einem Fremdkörper unter der wendisch-deutschen Bevölkerung zu tun haben, der wohl dazu geeignet ist, die allergrößten Bedenken zu erwecken. Unser Grundsatz, der Grundsatz der im wendischen Gebiet wohnenden Deutschen, ist von jeher, seit Jahrhunderten gewesen, die Klust, die sich zwischen diesen beiden Nationalitäten gebildet hat, nicht zu erweitern, sondern wir sind ernst bestrebt gewesen, die Gegensätze zu überbrücken. Wir haben seit Urgroßväterzeiten in dem besten Einvernehmen mit der wendischen Bevölkerung gelebt; wir sind bestrebt gewesen, die Sprache, Sitten und die Eigenart unserem wendischen Volke durchaus zu erhalten.

(Sehr richtig!)

Ich weise auf eine wesentliche Bestimmung des Heimatschutzes hin, die es uns schon ganz unmöglich macht, was ja auch ganz unerwünscht wäre, unseren wendischen Mitbürgern ihre Eigenart zu nehmen. Davon ist nie und nimmer die Rede gewesen und wird niemals die Rede sein können in Zukunft.

(B) Trotz dieses immer wieder neu betonten ernstesten Bestrebens zeigt sich doch, daß man von der Seite der Barth'schen Minderheit durchaus nicht geneigt ist, diesen Versicherungen Glauben zu schenken. Man bestreitet, daß die Beziehungen zu der Prager Regierung wegen Abtrennung von Teilen Sachsens und ihrer Vereinigung mit tschechischen Teilen Böhmens auf Wahrheit beruhen. Ich werde aber den Beweis liefern, daß diese Behauptungen eben auf Unwahrheit beruhen. Die Lausitzer Vierstädte haben sich der Angelegenheit auch sehr warm angenommen und an das Ministerium des Innern eine Eingabe gerichtet, in der auf die schweren Schäden, die aus den Barth'schen Bestrebungen entstehen können, aufmerksam gemacht wird. Man hat darauf hingewiesen, daß man eine Vertretung bei der Friedenskonferenz wünscht. Man machte auf die Gefahren aufmerksam, welche eine Verbindung mit Prag und den Tschecho-Slowaken herbeiführen könnte. Man wies auf die Gefahr der Vereinigung mit tschechischen Teilen Böhmens hin, auf die Gefährlichkeit eines selbständigen Wendenstaats unter Anlehnung an Österreich.

Anfänglich zeigten die Reichs- und Landesbehörden

wenig Beachtung der großen Gefahr, aber ich muß feststellen, daß nach und nach auch dort die Einsicht gekommen ist, daß die Angelegenheit doch ernster zu behandeln ist, als man anfänglich für nötig hielt. So wird u. a. auch von dem Herrn Barth behauptet, daß 20000 Wenden hinter ihm ständen. Ich behaupte, daß dies eine glatte Unwahrheit ist. Von einem Dresdner Blatte wurde diese Behauptung sogar als ein Schwindelmanöver bezeichnet.

Daß diese Vorgänge in der deutschen Bevölkerung die größte Erbitterung und den größten Verdruß wachrufen mußten, ist ja selbstverständlich. Wir wissen genau, daß es eine unbedingte Notwendigkeit ist, zusammengeslossen mit unserer wendischen Bevölkerung, wie schon jahrhundertlang, weiterzuleben. Alles dieses ist den Regierungen in ausführlichen Schriftstücken mitgeteilt worden. Ebenso ist auch an das Auswärtige Amt in Berlin eine diesbezügliche Denkschrift ergangen. Dieses antwortete, daß die Regierung die tschechischen Absichten auf das aufmerksamste verfolgte. Die Regierung in Prag erkläre zwar, ein Einbruch in deutsches Gebiet sei nicht beabsichtigt; dagegen habe sie zugestanden, daß die Propagandakarten der tschechischen Wünsche, die so in Menge verbreitet werden, allerdings verbreitet worden seien, jedoch sei das nur eine Veranstaltung unverantwortlicher Privatpersonen. Auch die Anlieger an der preußischen Grenze haben sich schließlich gerührt und sind an die Behörden herantreten mit bezüglichen Wünschen.

(D) Man fordert ferner seitens der Barthgruppe das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf Grund der Wilson'schen Punkte. Der wendische Nationalausschuß gab zu den Wahlen zur Nationalversammlung die Parole aus, daß man sich der Wahl enthalten solle, und betonte damals, daß es ja gewissen rechtsstehenden Kreisen durch ihre Bemühungen nicht gelungen sei, den wendischen Kandidaten Herrn Dr. Herrmann in Bautzen durchzubringen.

Ich möchte als Beispiel einen der Programmpunkte der Barth'schen Politik Ihnen vortragen. Es heißt da unter Punkt 5:

Alle großkapitalistischen Unternehmungen und Einrichtungen, welche kleine und mittlere Handwerker ersticken können, sind zu verbieten.

Es ist das meiner Anschauung nach ein Grundsatz, der einem Bolschewisten alle Ehre machen würde,

(Lachen links.)

und ich muß meiner Bewunderung Ausdruck geben, in welcher ungeheuren Geschwindigkeit sich Herr Barth von einem gut königstreuen Konservativen heruntergemausert hat bis zu einem derartigen Standpunkte, den er hier festgelegt hat.

(Sehr richtig!)